

**ELW1** Für eine europäische Agrarwende: gut für Landwirt\*innen und Tiere, gut für Klima, Natur und Artenschutz - Gut für Niedersachsen.

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 20.03.2019

Tagesordnungspunkt: 3. Europäische Landwirtschaftspolitik

**Für eine europäische Agrarwende: gut für Landwirt\*innen und Tiere, gut für Klima, Natur und Artenschutz - Gut für Niedersachsen.**

**1 Direktzahlungen müssen bis 2028 auslaufen und für die ökologische und  
2 nachhaltige Ausrichtung der Agrarwirtschaft eingesetzt werden**

3 Die Europawahl entscheidet über die Zukunft der Landwirtschaft in der EU und in  
4 Niedersachsen. Wir setzen uns für eine vielfältige, bäuerliche Landwirtschaft  
5 ein, die Natur, Umwelt und Klima schont und hohe Tierschutzstandards sichert.  
6 Doch von einer umfassenden Agrarwende sind wir bislang weit entfernt: Pestizide  
7 werden noch immer ohne ausreichende Umweltverträglichkeitsprüfung zugelassen.  
8 Tierschutzaufgaben sind unzureichend wie z.B. die Anforderungen an den  
9 Platzbedarf von Schweinen, Hühnern und Puten. Die EU-Tiertransportverordnung für  
10 Nutztiere wird von den Mitgliedsstaaten nur unzureichend umgesetzt. Die rot-  
11 schwarze Landesregierung in Niedersachsen verweigert im Gegensatz zu anderen  
12 Bundesländern ein Verbot für Exporte in Drittstaaten außerhalb der EU. Intensive  
13 Landnutzung, überdimensionierte Ackerschläge ohne Strukturvielfalt, Grasäcker  
14 statt Wiesen und Weiden treiben das Artensterben weiter – gefördert durch  
15 flächengebundene Direktzahlungen aus EU-Fördermitteln. Zu hohe Tierzahlen, die  
16 nicht zu den landwirtschaftlichen Flächen eines Betriebes passen und in riesigen  
17 Mengen Importfutter wie Soja benötigen, sorgen für massive Überdüngung und  
18 schädigen damit Gewässer und Böden. Das müssen wir ändern.

**19 Gemeinsame Agrarpolitik der EU neu ausrichten: Lebensgrundlagen erhalten,  
20 Höfesterben stoppen**

21 Zentrales Steuerungselement für eine nachhaltige Agrarwirtschaft und den Schutz  
22 unserer natürlichen Ressourcen Boden, Wasser, Luft, Klima, Arten- und  
23 Biotopschutz ist das Fördersystem der gemeinsamen Agrarpolitik. Mit knapp 60  
24 Milliarden Euro jährlich macht diese Förderung der Landwirtschaft und des  
25 ländlichen Raumes rund 40 % des EU-Haushalts aus.

26 In den kommenden Monaten wird über die EU-Agrarförderung für die Jahre 2021 bis  
27 2028 entschieden. Es geht darum, ob wir weiterhin unser Wasser, unseren Boden  
28 und unsere Luft mit zu viel Stickstoff, zu vielen Pestiziden und zu viel  
29 Feinstaub belasten oder ob jetzt endlich die Wende hin zu einer umwelt- und  
30 sozialverträglichen Landwirtschaft eingeleitet wird: für gerechte Einkommen von  
31 Bäuerinnen und Bauern, für unser Klima und den Schutz der biologischen Vielfalt,  
32 für sauberes Wasser, gesunden Boden und gute Luft.

33 Für die Zukunft der in Niedersachsen bislang weit verbreiteten bäuerliche  
34 Landwirtschaft ist dieses Umsteuern überlebenswichtig. Die Politik der letzten  
35 Jahrzehnte hat den Bäuerinnen und Bauern geschadet: Etwa ein Drittel der  
36 Betriebe mussten in den letzten 15 Jahren schließen. Ihre Flächen wurden

37 vielfach von Großbetrieben übernommen. Solange drei Viertel der  
38 Agrarfördermittel pauschal an die Fläche gekoppelt sind, profitieren vor allem  
39 die Großen. In Deutschland erhalten inzwischen ein Viertel der Betriebe fast 70  
40 % der Agrarsubventionen. Die pauschale Flächenprämie führt außerdem zu einer  
41 Subventionierung von Landbesitz statt von Landbewirtschaftung und sie erhöht die  
42 Pachtpreise. Über 50% der bewirtschafteten Nutzfläche sind inzwischen gepachtet.  
43 Mit einer Neuausrichtung der Förderung wollen wir das grassierende Höfesterben  
44 endlich stoppen. Gibt es kein Umsteuern, wird das Ergebnis endgültig eine  
45 industrielle Landwirtschaft mit all ihren negativen Auswirkungen auf die Umwelt  
46 und den ländlichen Raum sein. Deshalb kämpfen wir GRÜNEN an der Seite der  
47 zehntausenden Bürgerinnen und Bürger, die sich bei der Wir-haben-es-statt-  
48 Demonstration am 19. Januar in Berlin nachdrücklich für eine sozial- und  
49 umweltverträgliche wie tiergerechte Landwirtschaft eingesetzt haben. Darum geht  
50 es bei der Europawahl am 26. Mai.

51 Die Hungererfahrung der Nachkriegszeit war 1957 der Anlass, die  
52 Vergemeinschaftung der Agrarpolitik in den Römischen Verträgen festzuschreiben.  
53 Bei der Erreichung des Ziels einer ausreichenden Nahrungsmittelversorgung war  
54 die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sehr erfolgreich: Bereits  
55 in den 1970er Jahren produzierten die Bäuerinnen und Bauern in der EWG mehr  
56 Nahrungsmittel, als gebraucht wurden. Für Nahrungsmittel mussten immer geringere  
57 Einkommensanteile aufgewandt werden. Das eröffnete den Bürger\*innen die  
58 Möglichkeit, die freiwerdenden Mittel für andere Waren und Dienstleistungen zu  
59 verwenden und war so eine wesentliche Ursache für wachsenden Wohlstand. Sechzig  
60 Jahre später müssen wir die Landwirtschaftspolitik endlich den veränderten  
61 Bedingungen anpassen. Die EU hat sich den Zielen des Klimaschutzes, der  
62 Erhaltung der biologischen Vielfalt und der globalen Gerechtigkeit verpflichtet.  
63 Bisher konterkariert die Agrarpolitik massiv die Nachhaltigkeitsziele der EU.  
64 Es ist mehr als überfällig, auch die Agrarpolitik an den Nachhaltigkeitszielen  
65 der EU auszurichten.

66 Deshalb wollen wir die Agrarförderung schrittweise zur Honorierung von Umwelt-  
67 und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft sowie zur Förderung einer  
68 bäuerlichen, flächengebundenen Landwirtschaft einsetzen. Pauschale  
69 Flächenprämien – die sog. Direktzahlungen - wollen wir im Laufe der kommenden  
70 Förderperiode 2028 vollständig auslaufen lassen und die freiwerdenden Mittel in  
71 vollem Umfang umlenken. EU-Fördergelder sollen Betriebe künftig nur noch für  
72 Leistungen bekommen, die im Umwelt-, Natur-, Klima-, und Tierschutzbereich über  
73 gesetzliche Standards hinausgehen. Wir widmen so den bisherigen Grundsatz „Wer  
74 viel Fläche hat bekommt viel Geld vom Staat“ um – und fördern so gerade  
75 bäuerliche Betriebe, die sich auf gesellschaftlich gewollte Anforderungen  
76 einstellen.

77 Zur Sicherung von Agrarökosystemen wollen wir den ökologischen Landbau verstärkt  
78 fördern.

79 Gleiches gilt für die flächengebundene Tierhaltung: Nur wenn die Tierhaltung zu  
80 der verfügbaren Fläche passt, kann das Futter vor Ort gewonnen und die  
81 anfallenden Wirtschaftsdünger auch vor Ort genutzt werden. Die von der Fläche  
82 weitgehend entkoppelte industrielle Landwirtschaft ist zudem auf Überschüsse und  
83 Export ausgerichtet. Mit dieser Produktionsweise werden regionale Märkte in  
84 Entwicklungs- und Schwellenländern ruiniert. Zugleich importieren wir aus diesen  
85 Ländern Unmengen Futtermittel; deren Anbau zerstört dort die Böden und  
86 Regenwälder und raubt den Menschen dort direkt ihre Nahrungsgrundlage. Um bei  
87 flächengebundener Tierhaltung und damit geringeren Tierzahlen ein vernünftiges

88 Einkommen zu erzielen, muss die Wertschöpfung je Tier gesteigert werden. Das  
89 geht z.B. durch transparente und nachvollziehbare Haltungskriterien im Sinne des  
90 Tierschutzes: Genauso wie die Zertifizierung der Eier nach Haltungsformen ist  
91 auch eine Fleischkennzeichnung erforderlich, am besten auf Ebene der  
92 Europäischen Union!

### 93 **Klimaschutz – nur mit einer Wende in der Agrarpolitik**

94 Die Landwirtschaft in Niedersachsen ist vor allem durch Massentierhaltung,  
95 Überdüngung und Landnutzungsänderungen für etwa ein Viertel der von Menschen  
96 verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Durch eine zielgerichtete  
97 Förderung von weniger Düngereinsatz und die Humusanreicherung in Böden, durch die  
98 Förderung von Grünland und hohen Wasserständen sowie standortangepassten,  
99 innovativen Produktionsweisen (z.B. Paludikultur) auf Moorböden können  
100 Landwirt\*innen einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

### 101 **Artenvielfalt statt Monokultur; Umweltfolgen bei der Pestizidzulassung stärker 102 berücksichtigen**

103 Wo früher Gehölze, Hecken und bunte Wiesen Insekten und Vögeln Nahrung und  
104 Schutz boten, hat die Intensivlandwirtschaft vielfach die ökologische Qualität  
105 und das Landschaftsbild massiv verschlechtert. Die Folgen werden immer stärker  
106 sichtbar: Die Umwandlung einer vielfältigen Kulturlandschaft zur intensiv  
107 genutzten großräumig monotonen Agrarlandschaft hat einen anhaltenden  
108 Artenrückgang ausgelöst: Drei Viertel der Insekten und mehr als die Hälfte aller  
109 Feldvögel sind seit 1980 verschwunden. Strukturvielfalt muss ein zentrales  
110 Förderziel der EU-Agrarpolitik werden.

111 Neben dem Verlust von Lebensräumen sind Pestizide wesentlich für das  
112 Artensterben verantwortlich. Bei der Zulassung von Pestiziden müssen deshalb  
113 Umweltfolgen stärker berücksichtigt werden. Es ist ein Erfolg, dass die einer  
114 Zulassung zu Grunde liegenden wissenschaftlichen Studien jetzt offengelegt  
115 werden müssen. Das reicht aber nicht. Die EU muss vor der Zulassung  
116 Wechselwirkungen mit anderen Mitteln und ökotoxische Langzeitfolgen prüfen.  
117 Solange die Unschädlichkeit eines Wirkstoffes nicht nachgewiesen ist, darf  
118 dieser nicht zugelassen werden. Besonders schädliche Pestizide wie  
119 Neonicotinoide und Totalherbizide wie Glyphosat sind umgehend zu verbieten.  
120 Ausnahmegenehmigungen einzelner Mitgliedsstaaten wie beim Einsatz der wenigen  
121 bereits verbotener Neonicotinoide z.B. beim Zuckerrübenanbau müssen verhindert  
122 werden. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) als  
123 Genehmigungsbehörde muss eigene Studien erstellen, statt sich auf  
124 Herstellerstudien zu verlassen. Wir wollen Düng- und Pestizideinträge  
125 verringern und saubere Gewässer und fruchtbaren Boden als Grundlage  
126 landwirtschaftlicher Produktion erhalten.

### 127 **Tiere wirksam schützen, Lebensbedingungen verbessern**

128 Schweine, Masthühner, Puten und andere Nutztiere brauchen deutlich mehr Platz  
129 und Auslauf! Die bisherigen Bedingungen unter anderem für die über acht  
130 Millionen Schweine in Niedersachsen sind eine Sauerei. Bis zu 110 Kilogramm  
131 schwere Mastschweine müssen mit 0,75 Quadratmetern auskommen; bis zu 23  
132 Masthühner werden auf einem Quadratmeter zusammengepfercht. Deutschland und  
133 Niedersachsen sind gefordert, EU-Tierschutzrecht auch konsequent umzusetzen, wie  
134 z.B. das Verbot des regelmäßigen Kupierens der Ringelschwänze bei Schweinen.  
135 Damit würden sich auch die Haltungsbedingungen verbessern, weil das eine  
136 Voraussetzung ist, um das Schwanzbeißen zu verringern. Wenn Mitgliedsstaaten,  
137 wie in diesem Fall Deutschland, EU-Vorgaben nicht einhalten, werden wir darauf

138 drängen, dass die EU schneller und konsequenter auch Sanktionen verhängt. Auch  
139 durch Anreize wie z.B. Investitionsbeihilfen für artgerechtere Stallneubauten  
140 oder Weideprämien wollen wir befördern, dass Tiere besser ihren artgemäßen  
141 Ansprüchen entsprechend gehalten werden.

142 Wir brauchen eine nachdrückliche Umsteuerung in der Agrarpolitik. EU-rechtliche  
143 Vorschriften im Bereich der Zulassung von Pestizidwirkstoffen wollen wir  
144 verschärfen, die Regelungen zur landwirtschaftlichen Tierhaltung endlich an den  
145 Bedürfnissen der Tiere ausrichten. In Niedersachsen setzen wir uns dafür ein, im  
146 Tierschutz Vorreiter zu werden. Dort wo Land und Bund EU-rechtliche Regelungen  
147 nicht konsequent umsetzen, wollen wir Europa stärken: geltendes Recht muss  
148 durchgesetzt werden, die EU darf kein zahloser Tiger sein!

149 Fördermittel darf es zukünftig nur geben, wenn dadurch über die gesetzlichen  
150 Standards hinaus gesellschaftliche Leistungen erbracht werden. Die bei der  
151 Abschaffung der landwirtschaftlichen Flächenprämien freiwerdenden Mittel wollen  
152 wir konsequent in die Förderung

- 153 • einer vielfältigen und artenreichen Agrarlandschaft,
  - 154 • der Anpassung der Düngemengen auf den Pflanzenbedarf,
  - 155 • der Minimierung des Antibiotika- und Pestizideinsatzes und
  - 156 • einer artgerechteren Tierhaltung
- 157 umschichten.

158 Die Europäische Agrarpolitik braucht die GRÜNE Handschrift. Jetzt. Packen wir es  
159 gemeinsam an!